

DEVAP-Pressemitteilung, 05.09.2022

Diskussion zu massiv steigenden Eigenanteilen sorgt für Verwunderung

DEVAP fordert zeitnah eine bundesweite Lösung für Preissteigerungen in der Pflege

Der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP) äußert sich zu den steigenden Preisen und der damit einhergehenden Erhöhung der Eigenanteile in der stationären Pflege:

„Die Eigenanteile werden sich in den kommenden Monaten durch die Tarifumstellung und vor allem durch die Kostensteigerungen für Energie, Benzin, Lebensmittel und sonstige Dienstleistungen massiv erhöhen. Während für die Wirtschaft und die Privathaushalte seit Monaten intensiv Entlastungsmöglichkeiten diskutiert werden, scheinen die Verantwortlichen überrascht, dass die Pflege ebenfalls von Preissteigerungen betroffen ist.“, so Wilfried Wesemann, Vorsitzender des DEVAP e.V. zur aktuellen Diskussion.

„Auch ohne die nicht abzusehenden Krisen ist eine Finanzreform der Pflegeversicherung längst überfällig. Nun hat sich der Druck nochmal enorm erhöht: wir brauchen jetzt eine bundeseinheitliche und schnelle Lösung, um der Steigerung der Eigenanteile entgegenzuwirken. Aber aus dem Hause Lauterbach kommt weiterhin nichts Konkretes, um die Pflegebedürftigen vor den Preissteigerungen zu schützen.“

„In Nordrhein-Westfalen kann bereits jetzt eine Kostensteigerung um 30 % für das Jahr 2023 prognostiziert werden; wobei hier aufgrund fehlender Prognosen noch nicht die Gaspreise berücksichtigt sind.“, so Wesemann weiter. „Die stationären Träger berichten uns aktuell von Sachkostensteigerungen im Bereich der Energie von bis zu 300 %, im Bereich Lebensmittel von mindestens 15 % und bei den Personalkosten zwischen 9 % und 13 %.“

„Die Refinanzierung dieser zusätzlichen Kosten soll auf Landesebene verhandelt werden. Ein entsprechendes Schreiben ging von Bundesgesundheitsminister Lauterbach im Juni 2022 an die zuständigen Pflegekassen. Die Verhandlungen sind jedoch aufgrund der schlechten finanziellen Lage der Pflegekassen zäh und langwierig. Bereits jetzt wird deutlich, dass nicht alle zusätzlichen Kosten getragen werden sollen.“, so Wesemann.

„Refinanzierungen sind aber sofort notwendig, damit die Kosten nicht auf die Bewohnerinnen und Bewohner umgelegt werden müssen. Hierfür sind auf Bundesebene gesetzliche Regelungen notwendig, welche die nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung und die Deckelung der Eigenanteile neu regeln. Sinnvoll wäre beispielsweise, wie auch bereits im Koalitionsvertrag vorgesehen, endlich die Ausbildungsumlage aus den Eigenanteilen herauszunehmen, um eine weitere Steigerung abzufedern.“

„Der DEVAP e.V. bringt sich zur Diskussion um eine nachhaltige Pflegereform seit Jahren aktiv ein und hat im Oktober 2020 ein [„Strategiepapier DEVAP Altenarbeit und Pflege 2021 bis 2025“](#) mit sieben konkreten Forderungen zur Weiterentwicklung der Pflege veröffentlicht.“, so Wesemann abschließend. „Der Versorgungsauftrag liegt bei allen Akteuren und darf jetzt nicht durch zeitaufwendige Einzelverhandlungen gefährdet werden.“

Kontakt:

Anna Leonhardi, Geschäftsführerin, 030 83001-277, E-Mail: info@devap.de